




EZB darf nicht berechenbar werden

EZB darf nicht berechenbar werden
Ende Juli hat Zentralbankchef Draghi die Hoffnung geschürt, dass die EZB wieder Staatsanleihen von Krisenländern ankaufen könnte. Seitdem warten nicht nur die Finanzmärkte darauf, dass die EZB die Staatsanleihezinsen der Krisenländer drückt und so die Euro-Schuldenkrise beruhigt. Am Wochenende war sogar die Rede davon, dass die EZB mit ihren Interventionen feste Zinsobergrenzen festschreiben könnte. Davon ist jedoch abzuraten. Allen Reformbemühungen in Italien, Spanien und Co. zum Trotz - die Finanzmärkte scheinen schon die Risiken eines Euro-Zusammenbruchs einzupreisen, was die Zinsen der Staatspapiere der Krisenländer nach oben treibt. Damit steigen aber auch die Zinsen für die Privatwirtschaft, und zwar mindestens so hoch wie die für Staatsanleihen. Weil deshalb die Niedrigzinspolitik der EZB in den Krisenländern nicht ankommt, ist der Ankauf von Staatsanleihen mit dem EZB-Mandat vereinbar - wenn die Krisenländer weiterhin an ihren Reformen arbeiten. Deshalb darf die EZB nicht allein agieren, sondern nur in Zusammenarbeit mit dem Rettungsschirm und seinen obligatorischen Reformprogrammen. Wenn die EZB ein festes Zinsziel etwa für italienische Staatsanleihen vorgibt, legt sie damit gleichzeitig eine Kursuntergrenze fest, zu der sie Staatsanleihen aufkauft. Das würde den Finanzinvestoren gut gefallen. Denn viele von ihnen wollen sich auf Druck ihrer Eigentümer derzeit wohl lieber früher als später von den Staatsanleihen der Krisenländer trennen. Momentan laufen sie bei einem Markt ohne viele Käufer aber Gefahr, dass die Kurse stark sinken, wenn sie ihre Staatsanleihen en gros auf den Markt werfen. Das brächte Verluste, was viele noch davon abhält zu verkaufen. Die Unsicherheit über das Verlustrisiko sollte ihnen die EZB aber nicht abnehmen. Andernfalls mag es zu einem starken Run aus den Staatsanleihen der Krisenländer kommen, der für die EZB sehr teuer werden könnte. Das wäre auch aus einem weiteren Grund problematisch. Denn weil die EZB bei der Umschuldung in Griechenland zu Recht einen vorrangigen Gläubigerstatus eingeräumt bekommen hat, würden mit immer größeren EZB-Aufkäufen immer mehr Risiken auf die verbleibenden Privatinvestoren verlagert. Die von ihnen geforderten Zinsen würden deshalb steigen und die Kurse sinken. Als Reaktion darauf würde das relativ hohe Kursziel der EZB immer attraktiver und die Verkaufswelle könnte noch größer werden.
Kontakt: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88
50968 Köln
Telefon: (02 21) 49 81-510
Telefax: +49 221 4981 533
Mail: welcome@iwkoeln.de
URL: <http://www.iwkoeln.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=504975

Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

[iwkoeln.de/](http://iwkoeln.de)
welcome@iwkoeln.de

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

[iwkoeln.de/](http://iwkoeln.de)
welcome@iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.